

# „Wir lassen uns nicht mundtot machen“

Regionales Bündnis von Attac kritisiert Aberkennung der Gemeinnützigkeit

**LANDKREIS.** Die örtliche Attac-Regionalgruppe befasste sich in einer Video-Konferenz mit der aktuell im Bundestag verhandelten Modernisierung der Abgabenordnung im Rahmen des Jahressteuergesetzes 2020. Attac wurde – wie anderen Gruppen auch – die Gemeinnützigkeit durch das Urteil des Bundesfinanzhofes (BFH) aberkannt, sodass Spendende derzeit keine Bescheinigung beim Finanzamt einreichen können.

Nach dem Urteil des BFH ist der Attac-Trägerverein im Rahmen gemeinnütziger Bildungsarbeit nicht berechtigt, Forderungen zur Tagespolitik bei „Kampagnen“ zu ver-

schiedenen Themen öffentlichkeitswirksam zu erheben, um so zur politischen Willensbildung beizutragen.

In der Regionalgruppe von Attac-Nienburg trifft diese Einschätzung auf Verständnislosigkeit. Die Nienburger Gruppe sieht sich mit anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen als Förderin demokratischer Prozesse, indem sie bürgerliche Diskurse und politische Willensbildung initiiert.

Dr. Beate Kasper, Sprecherin der Regionalgruppe, fasste die Meinung der Attac-Mitglieder zusammen: „Wir lassen uns durch diese Einschüchterungen nicht mund-

tot machen! Behauptungen, dass Attac ‚politische Agitation‘ auf Kosten damit nicht einverständener Steuerzahler betreibe, sind schlicht irreführend und falsch – schließlich spenden Bürgerinnen und Bürger bewusst für Attac, weil sie das selbstlose Engagement für globales wie lokales Gemeinwohl schätzen.“

Gemeinsam mit der von mehr als 175 zivilgesellschaftlichen Gruppierungen gebildeten Allianz „Rechtssicherheit für politische Willensbildung“ fordern die Attac-Aktiven die Aufnahme zusätzlicher Ziele unter die gemeinnützigen Zwecke. Dazu zählen der politische

Einsatz für Grundrechte, Demokratie, Frieden, soziale Gerechtigkeit, Klimaschutz und Menschenrechte, gegen Rassismus und Nationalismus. Durch fachliche Expertisen, dialogische Bildung und gewaltfreie Aktivitäten werde so die politische Meinungsbildung unabhängig und zusätzlich zu den demokratischen Parteien gestärkt. Dies habe auch der Bundesrats-Finanzausschuss noch am 28. September in der von der Bundesratsmehrheit abgelehnten Beschlussempfehlung zum Jahressteuergesetz 2020 gefordert.

Die Attac-Runde gab, wie auch früher schon alle Mit-

gliedsorganisationen des „Netzwerks Landkreis Nienburg“ in Offenen Briefen ihrer Erwartung Ausdruck, dass sich die heimischen Bundestagsabgeordneten Katja Keul (Grüne), Marja Liisa Völlers (SPD) und Maik Beermann (CDU) bei den jetzt anstehenden Bundestagsberatungen für eine Modernisierung der Abgabenordnung einsetzen. Immerhin sei im Koalitionsvertrag vereinbart worden: „Um die Kultur des zivilgesellschaftlichen Engagements und des Ehrenamts zu fördern und zu stärken, wollen wir das Gemeinnützigkeitsrecht verbessern.“